Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Alexander Süßmair, Kornelia Möller, Ingrid Remmers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4393 –**

Tierschutz auf Tierbörsen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bedeutung von Tierbörsen als Umschlagplatz für Tiere nimmt in Deutschland kontinuierlich zu. Für die angebotenen Tiere stellen Börsen besonders schwerwiegende Belastungen dar: Das Risiko von Schmerzen, Leiden oder Schäden für die Tiere wird deutlich erhöht durch beengte und ungeeignete Behältnisse, Transportstress, eine ungewohnte Umgebung, die große Besucher- bzw. Käufermenge, den direkten Kontakt zu Menschen und anderen Tieren, die Lärmkulisse, ungeeignete Temperaturen, Gerüche und Erschütterungen.

Der Vollzug des Tierschutzgesetzes auf Börsen ist durch die spezifische Situation schwierig. Bei kurzer Veranstaltungsdauer, schnellem Kaufgeschehen und einer Vielzahl der Anbieterinnen und Anbieter sind Kontrollen durch Amtstierärztinnen und Amtstierärzte, insbesondere auch wegen einer unzureichenden Personaldecke, in ausreichender Qualität und Quantität unmöglich.

Tierbörsen werden in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (AVV) zur Durchführung des Tierschutzgesetzes „dadurch gekennzeichnet, dass Tiere durch Privatpersonen feilgeboten oder untereinander getauscht werden“. Im Gegensatz dazu werden Tierbörsen häufig, toleriert von den Behörden, durch gewerbliche Tierhändlerinnen und Tierhändler geprägt, die durch einen hohen Anteil von Wildfängen, ein breites Artenspektrum und das Tingeln zwischen Tierbörsen tierschutzrechtlich besonders bedenklich sind.

Um Missständen entgegenzuwirken, veröffentlichte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) im Sommer 2006 „Leitlinien zur Ausrichtung von Tierbörsen unter Tierschutzgesichtspunkten“, die allerdings ausdrücklich nur als Orientierungshilfe dienen und für Ausstellerinnen und Aussteller, Veranstalterinnen und Veranstalter, Aufsichtspersonal und Tierärztinnen und Tierärzte keine Rechtsverbindlichkeit besitzen. Offenbar aber sah die Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode darüber hinaus keinen weiteren Handlungsbedarf, denn auf die diesbezügliche Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25. August 2008 „Tierschutz auf Tierbörsen und Erfahrungen mit den Börsenleitlinien“ (Bundestagsdrucksache 16/10159) antwortete die Bundesregierung unter anderem, sie habe „keinen Grund zu der Annahme, dass auf Tierbörsen generell anhaltende Missstände“ herrschten (Bundestagsdruck-

sache 16/10214). Des Weiteren kam die Bundesregierung in ihrer Antwort zu dem Schluss, die Leitlinien hätten sich bewährt:

„Auf der Basis bereits vorliegender Arbeiten wurden die ‚Leitlinien zur Ausrichtung von Tierbörsen unter Tierschutzgesichtspunkten‘ mit dem Ziel verfasst, Veranstaltern von Tierbörsen, Börsenverantwortlichen, Aufsichtspersonen, Anbietern und Besuchern die hinsichtlich des Tierschutzes notwendigen Informationen für die Organisation und Durchführung einer Tierbörse bzw. einer Teilnahme daran bundesweit einheitlich zu vermitteln und die fachliche Grundlage für die Behörden zur Konkretisierung ihrer Vorgaben zu erweitern. In dieser Funktion haben sich die Leitlinien bewährt.“

Tierschutzorganisationen dokumentieren hingegen immer wieder auf Tierbörsen anhaltende Missstände, die struktureller, nicht kasueller Art zu sein scheinen.

1. Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, wie viele Tierbörsen jährlich in Deutschland stattfinden, und wie sich im Verlauf der letzten fünf Jahre die Anzahl der Tierbörsen tendenziell entwickelt hat (bitte nach Bundesländern und Jahren aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine Informationen über die Anzahl durchgeführter Tierbörsen oder den Verlauf dieser Anzahl in den letzten fünf Jahren vor. Der Vollzug tierschutzrechtlicher Vorschriften obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden. Daher erlangt die Bundesregierung von der Durchführung von Tierbörsen keine umfassende Kenntnis.

2. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Verstöße gegen das Tierschutzgesetz und das Tierseuchenrecht auf Tierbörsen vor (Ort, Anlass)?

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Wie schätzt die Bundesregierung die Wirkung der Tierbörsenleitlinien in Bezug auf die Durchsetzung von Tierschutzstandards auf Tierbörsen ein?

Die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) herausgegebenen „Leitlinien zur Ausrichtung von Tierbörsen unter Tierschutzgesichtspunkten“ dienen der Konkretisierung der einschlägigen Bestimmungen des Tierschutzgesetzes (TierSchG) und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes (AVV). Auf dieser Grundlage ist den für die Durchführung der Bestimmungen des Tierschutzgesetzes zuständigen Länderbehörden ein tierschutzgerechter Vollzug möglich. Die Leitlinien richten sich außerdem auch an Tierbörsenveranstalter, -verantwortliche, -aufsichtspersonen, -anbieter und -besucher mit dem Ziel, die notwendigen Informationen für die tierschutzgerechte Organisation und Durchführung einer Tierbörse bzw. die Teilnahme daran zu vermitteln.

4. Plant die Bundesregierung, die Tierbörsenleitlinien durch eine rechtsverbindliche, bundesweit einheitliche Verordnung zu ersetzen?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

Die Überführung der o. g. Leitlinien in eine Rechtsverordnung ist nicht geplant. Tierbörsen sind vielgestaltig. Auf welche Art und Weise eine tierschutzgerechte Durchführung erreicht werden kann, hängt auch von den Umständen im kon-

kreten Einzelfall ab. Vor dem geschilderten Hintergrund benötigen die zuständigen Vollzugsbehörden bei der Beurteilung, ob Tierbörsen im Einzelfall tierschutzgerecht durchgeführt werden, einen angemessenen Spielraum. Dieser wird durch die Generalklausel in § 2 des Tierschutzgesetzes gewährleistet. Eine Konkretisierung erfährt diese Vorschrift durch die o.g. Leitlinien. Die Bundesregierung hält das Instrument der Leitlinien oder Gutachten für geeignet, den Behörden eine sachverständige Hilfestellung zur tierschutzrechtlichen Beurteilung der jeweiligen Sachverhalte zu geben, ohne die erforderlichen Beurteilungsspielräume der Behörden einzuengen.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung den Verkauf von Wildfängen auf Tierbörsen?

Beim Handel mit Wildfängen sind die artenschutzrechtlichen Beschränkungen für bestimmte, in ihrem Bestand gefährdete Arten zu beachten. Ebenso sind die tierschutzrechtlichen Vorschriften zu beachten. Zur Konkretisierung der Anforderungen des § 2 Nummer 1 und 2 des Tierschutzgesetzes an die Haltung von Tieren hat das BMELV eine Reihe von Gutachten und Leitlinien herausgegeben. Im Übrigen muss gemäß § 2 Nummer 3 des Tierschutzgesetzes wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung des Tieres erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen. Ob die o. g. erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vorliegen, ist gegebenenfalls von der zuständigen Behörde zu prüfen.

6. Beurteilt die Bundesregierung Missstände auf Tierbörsen als strukturelles Problem oder handelt es sich nach Auffassung der Bundesregierung bei festgestellten Missständen und tierschutzrechtlichen Problemen um Einzelfälle (bitte begründen)?

Die Bundesregierung hat derzeit keinen Grund zu der Annahme, dass auf Tierbörsen generell Missstände herrschen.

7. Wie kann nach Ansicht der Bundesregierung eine veterinärmedizinische Überwachung der Tierbörsen sichergestellt werden, die u. a. dafür sorgt, dass
- a) Tiere, die gestresst, krank oder verhaltensauffällig sind, umgehend aus dem Verkauf genommen werden,
 - b) Tiere maximal einmal pro Monat auf Tierbörsen angeboten werden,
 - c) Tierbörsen im Freien zumindest bei Temperaturen über 25 und unter 10 Grad Celsius untersagt werden,
 - d) die Behältnisse, in denen Tiere angeboten werden, den für den Zoofachhandel nötigen Anforderungen entsprechen und eine Entnahme der Tiere zu Vorführ- und Werbezwecken unterbleibt,
 - e) Anbieterinnen und Anbieter, die gegen rechtliche Tierschutznormen verstoßen, von künftigen Börsen ausgeschlossen werden und
 - f) Tierbörsen einen regionalen Charakter behalten, u. a. um lange Transportwege zu vermeiden?

Tierbörsen bedürfen nach § 11 Absatz 1 Nummer 2c des Tierschutzgesetzes der Erlaubnis durch die zuständige Behörde. Diese darf die Erlaubnis nur erteilen, wenn die in § 11 Absatz 2 des Tierschutzgesetzes festgelegten Anforderungen erfüllt werden. Um eine tierschutzgerechte Durchführung zu erreichen, kann die

betreffende Erlaubnis darüber hinaus mit spezifischen Auflagen zum Schutz der Tiere versehen werden. Zu Fragen der tierschutzgerechten Behandlung der Tiere auf Tierbörsen geben die Ausführungen in den o. g. Leitlinien Aufschluss.

Der Börsenverantwortliche ist für die Einhaltung der von der zuständigen Behörde verfügbaren Auflagen und der Börsenordnung sowie der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen verantwortlich. Im Übrigen entscheidet die zuständige Behörde vor Ort über die notwendigen Maßnahmen zur Abstellung und Ahndung von Verstößen gegen das Tierschutzrecht.

Der Bundesregierung liegen derzeit keine Hinweise dafür vor, dass es auf Tierbörsen mit überregionalem Angebot nicht möglich wäre, die Tierschutzvorschriften einzuhalten oder dass es grundsätzlich einen Zusammenhang zwischen überregionalem Angebot und dem Auftreten von Missständen gibt.

8. Wie positioniert sich die Bundesregierung bezüglich Überlegungen, eine Positivliste für Tierarten, die auf Tierbörsen gehandelt werden dürfen, zu erstellen und andere Tierarten auf Tierbörsen nicht zuzulassen?

Die Einführung einer „Positivliste“ und das damit verbundene generelle Verbot einer Abgabe bestimmter Tierarten auf Tierbörsen kann nur dann als verhältnismäßig angesehen werden, wenn der Schutz der betreffenden Tiere nicht durch andere Maßnahmen erreicht werden kann. Der Bundesregierung liegen derzeit keine Hinweise dafür vor, dass eine tierschutzgerechte Durchführung von Tierbörsen grundsätzlich nicht möglich ist oder dass es einen Zusammenhang zwischen dem Angebot bestimmter Tierarten und dem Auftreten von Missständen auf Tierbörsen gibt.

9. Wie positioniert sich die Bundesregierung bezüglich Überlegungen, die seitens mancher Tierschutzverbände geäußert werden, auf Tierbörsen künftig gänzlich zu verzichten?

Der Bundesregierung liegen derzeit keine Hinweise dafür vor, dass eine tierschutzgerechte Durchführung von Tierbörsen grundsätzlich nicht möglich ist. Ein generelles Verbot von Tierbörsen wäre daher unverhältnismäßig.

10. Hält die Bundesregierung die in der AVV dargelegte Definition von Tierbörsen für zeitgemäß oder sollte eine deutliche Abgrenzung zwischen tendenziell kommerziellen, ein Massenpublikum anlockenden, Tierbörsen einerseits und lokalen Veranstaltungen von Züchterinnen und Züchtern, die dem Austausch von Tieren dienen, andererseits, unterschieden werden?

Die bestehende Rechtslage bildet einen geeigneten Rahmen für die tierschutzkonforme Durchführung auch großer Tierbörsen.

11. Welche Behörden sind auf Bundes- und Landesebene für die Überwachung von Tierbörsen zuständig?

Nach § 15 Absatz 1 Satz 1 des Tierschutzgesetzes obliegt die Durchführung dieses Gesetzes und damit auch die Überwachung von Tierbörsen allein den nach Landesrecht zuständigen Behörden.

12. Gibt es eine die Verstöße bei Tierschutzbörsen betreffende Statistik (wenn ja, bitte anfügen)?

Der Bundesregierung liegt keine entsprechende Statistik vor. Siehe auch Antwort zu den Fragen 1 und 2.

13. Wie positioniert sich die Bundesregierung bezüglich Forderungen nach einem obligatorischen Sachkundenachweis für Tierhalterinnen und Tierhalter?

Gemäß § 2 Nummer 3 des Tierschutzgesetzes muss, wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung des Tieres erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen. Liegen der zuständigen Behörde konkrete Anhaltspunkte vor, dass einem Tierhalter die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten fehlen, kann die Behörde die notwendigen Anordnungen nach § 16a des Tierschutzgesetzes erlassen und den betreffenden Tierhalter zum Nachweis der Sachkunde im Rahmen eines Fachgespräches verpflichten. Ferner dürfen nach § 7 der Bundesartenschutzverordnung Wirbeltiere der besonders geschützten Arten nur dann gehalten werden, wenn u. a. der Halter die erforderliche Zuverlässigkeit und ausreichende Kenntnisse über die Haltung und Pflege dieser Tiere hat. Das Vorliegen dieser Anforderungen ist den Behörden auf Verlangen nachzuweisen. Die Einführung eines obligatorischen Sachkundenachweises wird daher als unverhältnismäßig angesehen.